

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 29. September 2008

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 29. September 2009 beschlossen:

Verbesserung des Kreditnehmerschutzes bei Forderungsverkäufen an Finanzinvestoren

Vor dem Hintergrund der zunehmenden medialen Berichterstattung über die möglichen negativen Folgen des Verkaufes von Krediten an ausländische Finanzinvestoren durch deutsche Banken ist diese am Finanzmarkt übliche Praxis in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Evident ist der mangelnde Schutz von Verbrauchern in diesem Bereich. Darlehensnehmer sind beunruhigt und fürchten bei der Veräußerung ihrer Immobilienkredite an Finanzinvestoren den Verlust des Eigenheims. Die Bundesregierung hat zu lang untätig zugesehen und damit zur Verunsicherung der Verbraucher beigetragen.

Der Liberale Mittelstand Bundesvereinigung e.V. unterstützt das im Antrag "Optimaler Darlehensnehmerschutz bei Kreditverkäufen an Finanzinvestoren" (Bundestagsdrucksache 16/8548) der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13. März 2008 vorgeschlagene Maßnahmenpaket.

Die hierin empfohlenen Schritte, wie z.B. die Verschärfung der Bestimmungen zur Einstufung von Krediten als „notleidend“, die Ausweitung der Informationspflicht der Banken und die Ausdehnung des Mitspracherechtes der Kreditnehmer sind nach Ansicht des Liberalen Mittelstandes Bundesvereinigung e.V. dringend notwendig und längst überfällig.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen trägt zu einer erheblichen Verbesserung des Schutzes von Kreditnehmern beim Verkauf von Forderungen an ausländische Finanzinvestoren bei, ohne den Finanzmarkt übermäßig zu reglementieren.